

**Teilrevision der Verordnung
über die Berufsbildung
bezüglich der internationalen
Berufsbildungszusammenarbeit
IBBZ**

**Position
Bildungscoalition NGO**

26. Mai 2015

Einleitung

Die Bildungscoalition NGO begrüsst die rechtliche Verankerung der Internationalen Berufsbildungszusammenarbeit IBBZ im Berufsbildungsrecht sehr. Die unterbreitete Vorlage schliesst eine wichtige rechtliche Lücke in der Berufsbildungsarbeit der Schweiz. Sie bildet die Grundlage, damit Bund, Kantone und Organisationen der Arbeitswelt zusammen mit den Akteuren der Entwicklungspolitik, der Migrationspolitik, der Wirtschaftspolitik, aber auch der Klima-, Energie- und Umweltpolitik eine gemeinsame internationale Berufsbildungszusammenarbeit entwickeln können.

Die Bildungscoalition NGO kritisiert jedoch die gewählte Priorisierung der übergeordneten Ziele des Bundes sowie den fehlenden Kontext zu Cleantech, Ressourceneffizienz und Nachhaltigkeit in der IBBZ.

Die von der Bildungscoalition NGO unterbreiteten Anträge betonen die Bedeutung einer

- stärkeren Fokussierung der Programme und Länderprioritäten in Richtung eines verbindlichen Engagements in Partnerländern mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit
- Ausrichtung der Schwerpunkte zugunsten von Cleantech und Nachhaltigkeit in der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit.

Anträge der Bildungscoalition NGO

Art. 64 Abs. 1bis

Als besondere Leistungen im öffentlichen Interesse gelten auch Massnahmen und Vorhaben der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit.

Als besondere Leistungen im öffentlichen Interesse der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit gelten namentlich:

a. Massnahmen zur Linderung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Förderung der wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung in Partnerländern

b. Massnahmen zur Stärkung und Positionierung der Schweizer Berufsbildung in der internationalen Zusammenarbeit

Begründung:

Die Bildungscoalition NGO will die „besonderen Leistungen im öffentlichen Interesse“ präzisieren und auf die aktuellen globalen Herausforderungen von Beschäftigung und Ressourcenverzehr zuschneiden.

zu Abs. a: Die Jugendarbeitslosigkeit als Kriterium für die Wahl von Partnerländern

Die ILO schätzt, dass 2013 73,4 Millionen junge Menschen auf der Welt ohne Arbeit sind. Das sind 3,5 Millionen mehr als 2007, vor Ausbruch der Finanzkrise, und entspricht einer Arbeitslosenquote von 12,6 Prozent – annähernd dem gleichen Niveau wie zum Höhepunkt der globalen Krise im Jahr 2009.

Die Jugendarbeitslosenquote nimmt weltweit weiterhin zu und dürfte im Jahr 2018 einen Stand von 12,8 Prozent erreicht haben. So lautet die Prognose der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in ihrem Bericht „Globale Jugendbeschäftigungstrends“.¹

Nach wie vor eklatant sind die EU-weiten Unterschiede bei der Jugendarbeitslosigkeit: Mehr als 50 Prozentpunkte trennen Deutschland, das mit 7,7 % (Dezember 2013) die niedrigste Jugendarbeitslosenquote aufweist, und Griechenland, dessen Quote von 58,3 % (Dezember 2013) die höchste im EU-Gebiet ist. Auf Griechenland folgen Spanien (54,6 %), Kroatien (49,8 %), Italien (41,7 %), Zypern (40,3 %) und Portugal (34,4 %).

Sehr hohe Arbeitslosenquoten unter Jugendlichen verzeichnet mit 28,3 Prozent der Nahe Osten. Dieser Wert dürfte bis 2018 sogar noch auf 30 Prozent ansteigen. Es folgt Nordafrika mit 23,7 Prozent. In beiden Regionen sind junge Frauen am schlimmsten betroffen. Im Nahen Osten sind 42,6 Prozent von ihnen arbeitslos, in Nordafrika sind es 37 Prozent.²

Die Jugendarbeitslosigkeit in Partnerländern soll bei der Wahl der Länderprioritäten (Strategische Partnerländer, Projektländer und Beratungsländer) ein wesentliches Entscheidungskriterium sein und in die Überprüfung der Strategie zur IBBZ einfließen.

¹ Internationale Arbeitsorganisation ILO: Globale Jugendarbeitslosigkeit steigt trotz wirtschaftlicher Erholung weiter, Pressemitteilung vom 8. Mai 2013, www.ilo.org/berlin/presseinformationen/WCMS_212980/lang--de/index.htm

² Ebd.

zu Abs. a: Förderung der wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung in Partnerländern

Der Bundesrat hat mit dem Masterplan Cleantech die Bedeutung der Ressourceneffizienz in der Berufsbildung anerkannt und entsprechende Massnahmen im Inland beschlossen und teilweise umgesetzt. Bei der Strategie der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit IBBZ fehlt dieses Qualitätskriterium vollständig. Cleantech und Ressourceneffizienz in der IBBZ werden weder als international relevante Trends³ identifiziert, noch finden diese bei der Zieldefinition, bei den vorgeschlagenen Massnahmen oder beim Leistungsauftrag an die EHB eine entsprechende Resonanz. Im Kapitel zur Vernetzung der IBBZ-Aktivitäten mit anderen Bundesstellen wurden das BFE und das BAFU nicht berücksichtigt, obwohl das Capacity-Building im Rahmen der internationalen Klimaprogramme und die internationale Berufsbildungszusammenarbeit bei den Internationalen Förderprogrammen zur Energieeffizienz und zu den Erneuerbaren Energien des BFE⁴ wichtige Programmarbeiten des Bundes enthalten.

Mit einer präziseren Umschreibung der IBBZ-Förderaspekte in Partnerländern kann eine bessere Abstimmung zum Masterplan Cleantech vorgenommen werden, der auch dem Nachhaltigkeitsauftrag im Berufsbildungsgesetz (Art. 15 BBG) und den verfassungsrechtlichen Bestimmungen der Ressourceneffizienz in der Bundesverfassung (Art. 2 und Art. 73 BV) Rechnung trägt.

Die Bildungscoalition NGO wird von den folgenden Jugend-, Entwicklungs-, Gesundheits-, Menschenrechts- und Umweltorganisationen getragen:

Alliance Sud Arbeitsgemeinschaft Swissaid - Fastenopfer - Brot für alle - Helvetas - Caritas Heks ● Amnesty International ● Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung ● Bildungswerkstatt Bergwald ● Bildungszentrum WWF ● Brot für alle ● Dachverband offene Jugendarbeit Schweiz DOJ ● Gesellschaft für bedrohte Völker GfbV ● Greenpeace Umweltbildung ● Hannes Pauli Gesellschaft HPG ● Helvetas Swiss Intercooperation ● Humanrights.ch ● Incomindios ● Intermundo ● Kinderlobby Schweiz ● Krebsliga Schweiz ● Lungenliga Schweiz ● Netzwerk Kinderrechte Schweiz ● Peace Brigades International PBI ● Pro Juventute ● Pro Natura Umweltbildung ● Public Health Schweiz ● RADIX Schweizerische Gesundheitsstiftung ● Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV ● Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH ● Schweizerische Herztiftung ● Stiftung Kinderdorf Pestalozzi ● Stiftung myclimate ● Stiftung SILVIVA ● Union der Schülerorganisationen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein USO

³ SBFJ, IBP: Internationale Berufsbildungszusammenarbeit IBBZ; Konkretisierung der internationalen BFI-Strategie der Schweiz für den Bereich Berufsbildung, 11. März 2014, S. 38

⁴ REPIC: Renewable Energy&Energy Efficiency Promotion in International Cooperation, www.repic.ch